

Zivilgesellschaft in Südkorea: Besonderheiten und Herausforderungen

Eun-Jeung Lee

Summary

South Korea's civil society developed in a long struggle for a just society and democracy. During this process distinctive perceptions and expectations of civil society were formed, such as high moral standards, an emphasis on the common good and an aversion to special interests. The role and political impact of civil society have increased considerably since democratisation in 1987. Against this background, conservative newspapers in particular have nurtured a bitter debate on the political role of civil society organisations, claiming they ought to maintain political neutrality. Naturally, their real aim is to de-politicise progressive movements in civil society. Hence, this struggle is about political hegemony. In fact, the conservative and the progressive camps find themselves in a clearly antagonistic situation, with almost no institutionalised intermediation. This antagonism is largely an inheritance from the authoritarian regimes of the past, which showed no mercy towards opposition movements, and it hinders the development of one prerequisite of democracy, namely tolerance and acceptance of the Other. Overcoming this antagonism is the greatest challenge that Korean politics and civil society now face.

Manuscript received on 2007-07-13, accepted on 2007-08-20
Keywords: Korea, civil society, political culture

1 Die Expansion der Zivilgesellschaft und die Debatte um die „Politisierung der Zivilgesellschaft“ Südkoreas

Die Zivilgesellschaft Südkoreas hat sich in den letzten 20 Jahren rasant entwickelt (Kern 2007). 2002 existierten bereits mehr als 15000 Bürgerorganisationen. Nur 12,8 Prozent von ihnen waren schon in den 1960er und 1970er-Jahren gegründet worden. Hingegen waren rund 22 Prozent dieser Bürgerorganisationen in den 1980er-Jahren und 56 Prozent in den 1990er-Jahren entstanden. Die sich beschleunigende Gründung von Bürgerorganisationen steht offensichtlich im Zusammenhang mit den in den 1980er-Jahren einsetzenden Demokratisierungsprozessen.¹

¹ Simin undong chöngbo sentö 2000, 2003. Die Zahlen schließen wissenschaftliche Vereinigungen und Vereinigungen von Koreanern im Ausland mit ein.

In den 1990er-Jahren haben sich die Aktivitätsfelder der Bürgerorganisationen enorm erweitert und sind auch vielfältiger geworden. Unter den autoritären Regimen bestanden ihre Aktivitäten – soweit es sich nicht um von diesen Regimen selbst geschaffene und kontrollierte Bewegungen handelte – im wesentlichen aus politischen Protestaktionen. Mit der Demokratisierung lässt sich beobachten, wie sich eine „institutionalisierte Zivilgesellschaft“ in Form von Bürgervereinigungen herausbildet (Im Hōk-paek 2004: 87). Es geht ihnen um wirtschaftliche Gerechtigkeit, Umweltschutz, die Rechte von Frauen, soziale Wohlfahrt, faire Medienberichterstattung, Verbraucherschutz, den Schutz ausländischer Arbeitnehmer, politische Partizipation der Bürger, saubere Wahlen und vieles mehr.

Die wichtigen Charakteristika dieser neuen zivilgesellschaftlichen Organisationen fasst Chu Sōng-su, ein koreanischer Soziologe, folgendermaßen zusammen: „1. Von progressiv-reformerischen Weltanschauungen ausgehend gestalten sie ihre sozialen Bewegungen und befürworten wirtschaftliches Wachstum ebenso wie soziale Gerechtigkeit. 2. Sie führen ihre soziale Bewegung nicht konfrontativ, sondern wollen mit anderen Kräften zusammenarbeiten. 3. Sie suchen für ihre Bewegung eine möglichst breite soziale Basis... 4. Sie führen ihre Bewegung friedlich und halten sich an die Gesetze. 5. Sie haben normalerweise eine dezentrale Struktur und sind an der Basis autonom entstanden. 6. Sie fördern öffentliche Güter.“ (zit.n. Im Hōk-paek 2004: 87)

Von Fall zu Fall koordinieren die Bürgerorganisation auch gemeinsame Aktionen. So gründeten 412 von ihnen im Januar 2000 eine gemeinsame Dachorganisation „*Ch'ongsōn simin yōndae*“ (Bürgersolidarität für die Parlamentswahl). Ihr erklärtes Ziel war es, bei der Parlamentswahl im folgenden April für „saubere“ und transparente Politik zu sorgen. Konkret bewerteten sie aufgrund detaillierter Recherchen die persönliche Eignung der Kandidaten und erstellten eine schwarze Liste mit ungeeigneten bzw. unqualifizierten Kandidaten, denen sie schwerwiegende Verfehlungen nachweisen konnten (daher der Name „*rejection* Bewegung“). Auf der Homepage der Dachorganisation (<http://www.ngokorea.org>) liefen alle Informationen zusammen. Das Internet war ihr wichtigstes Instrument.

Bei der Wahl am 13. April 2000 fielen tatsächlich 59 von 86 Kandidaten der schwarzen Liste durch.² *Ch'ongsōn simin yōndae* war es unter Einsatz des Internets zum ersten Mal in Korea gelungen, Wahlkampfthemen sozusagen von der Basis her zu bestimmen und diese dann so wirkungsvoll in die Öffentlichkeit hineinzutragen, dass sie den Wahlausgang veränderten. Dies war eine völlig neue Erfahrung für die junge koreanische Demokratie, deren Parlament sich schon damals zum bloßen „Kampffeld von Wahlexperten“ (Politikern, die vielleicht Experten sind, Wahlen zu gewinnen, aber keine Prinzipien, Programme und Parteien kennen) entwickelt hatte – freilich zum Preis einer wachsenden „Politikverdrossenheit“ bei den Bürgern

² Im Großraum Seoul fielen sogar alle Kandidaten auf der schwarzen Liste durch.

(Ch'oe Chang-jip 2000). Diese Kampagne war nicht nur ein großer Erfolg, sondern war auch ein Durchbruch für die südkoreanische Zivilgesellschaft, die dadurch zum respektierten politischen Akteur wurde.

Dieser außergewöhnliche Erfolg der Zivilgesellschaft entfachte eine Debatte um die „Politisierung“ der südkoreanischen Zivilgesellschaft. Konservative Tageszeitungen warfen *Ch'ongsŏn simin yŏndae* vor, „Rotgardisten von Kim Dae Jung“ zu sein.⁴ Da die meisten Kandidaten auf der *rejection* Liste von der konservativen Oppositionspartei kamen, war ihre Empörung nur um so größer. Hinzu kam, dass die „*rejection* Bewegung“ vor Gericht wegen Verstoßes gegen das Wahlkampfgesetz verurteilt wurde.⁵

Joongang Ilbo, eine der drei großen Tageszeitungen, stieß diese Debatte mit einem bis heute fortgesetzten Forum „Bürgerbewegung und Politik“ an. Dort prallten und prallen sehr unterschiedliche Meinungen aufeinander: Cho Hŭi-yŏn betonte, dass Südkorea in der Entwicklung der Zivilgesellschaft andern Ländern nachhinke und dadurch politische Prozesse blockiert seien. Deshalb müsse sich die Zivilgesellschaft weiterentwickeln und politisch eine aktivere Rolle spielen. Kim Sŏk-chun hielt dagegen, die südkoreanische Zivilgesellschaft würde sich dadurch, dass sie mit der Regierung Kim Dae Jung bei deren Reformvorhaben zusammenarbeite, selbst zerstören und habe ihre eigentliche Rolle der Kritik und Kontrolle der Regierung aus den Augen verloren. (Kim Tae-yŏng 2003: 47-48)

Für die Bürgerorganisationen selbst ist ihre politische Rolle ein wichtiges Diskussionsthema. Selbstkritische Stimmen aus ihren Reihen werden gerne von den konservativen Medien aufgegriffen und breitgetreten. So gehört eine selbstkritische Äußerung von Yi Sŏk-yŏn, dem Geschäftsführer einer der größten Bürgerorganisationen, „die politische Partizipation der Bürgerorganisationen könnte zur Verletzung der politischen Neutralität der Bürgerbewegung führen“ (Hankyoreh 9.8.2001) zum Standardrepertoire dieser Medien. Jedenfalls ist die „politische Neutralität der Bürgerbewegung“ in Südkorea zu einem der ausgreifendsten Themen in den öffentlichen und akademischen Debatten um die Zivilgesellschaft geworden.⁶

³ Diese Bezeichnung verwendete Yi Mun-yŏl, ein bekannter Schriftsteller, im Gespräch mit Journalisten im Juli 2001. Damit löste er große Aufregung und eine heftige Debatte aus.

⁴ Diese Bezeichnung verwendete Yi Mun-yŏl, ein bekannter Schriftsteller, im Gespräch mit Journalisten im Juli 2001. Damit löste er große Aufregung und eine heftige Debatte aus.

⁵ 2004 wurden fünf Vertreter dieser Bewegung vom Obersten Gericht wegen Verstoßes gegen das Wahlkampfgesetz zu einer Geldstrafe verurteilt.

⁶ Joongang Ilbo organisierte Juli 2001 ein Forum zum Thema „Wohin steuert die Zivilgesellschaft“ (*Simin sahoe ŏdiro kana*). In dem von dieser Zeitung herausgegebenen Magazin „Simin sahoe“ bildet die Politisierung der Zivilgesellschaft seit 2001 eine Konstante (<http://ngo.joongang.co.kr/journal>). Auch Chosun Ilbo und Donga Ilbo produzierten immer wieder Schlagzeilen zu diesem Thema. In der Folge kam auch die akademischen Debatte in Gang (vgl. Cho Hyo-je 2004; Kim Tae-yŏng 2003; O Hyŏn-ch'ŏl 2004; Ch'oe Chang-jop 2002). Selbst auf dem Weltkongress der IPSA in Fukuoka (Juli 2006) gab es ein von südkoreanischen Politologen organisiertes Panel zu „Civil Society“.

Um diese Debatte zu verstehen, ist es notwendig, die Entwicklung der Zivilgesellschaft Südkoreas in ihrem historischen Kontext zu betrachten. Daher werden zunächst Formierung und Rolle der Zivilgesellschaft während der Kolonialzeit, den Diktaturen und nach der Demokratisierung dargestellt. Dabei werden die gegenwärtigen Debatten in Südkoreas berücksichtigt und problematisiert. Anschließend werden einige Überlegungen über die Herausforderungen, vor denen die Zivilgesellschaft gegenwärtig steht, angestellt. Wir beginnen mit der Verwendung des Begriffs Zivilgesellschaft in diesen Debatten.

2 Der Begriff „Zivilgesellschaft“

Es gibt in den breit gefächerten, theoretischen Diskussionen über die Zivilgesellschaft in Korea keine einheitliche Begriffsdefinition.⁷ Auch dieser Begriff wurde wie viele andere in den modernen Sozialwissenschaften aus westlichen akademischen Diskussionen übernommen.⁸ Mit den Varianten der rezipierten westlichen Ansätze variieren die Inhalte, Abgrenzungen und die Verwendung dieses Begriffs.

Die Wurzeln der zivilgesellschaftlichen Terminologie sind ideengeschichtlich gesehen sehr vielfältig. Z.B. bedeutete „koinonia politike“ bei Aristoteles *polis*, „societas terrena“ bei St. Augustin *civitas res publica*, „societas civilis“ bei Spinoza *imperium*, „société civile“ bei Rousseau *Etat*, während Hegel und Marx von der *bürgerlichen Gesellschaft* sprachen. Bei all diesen Autoren steht das Konzept der Zivilgesellschaft explizit oder implizit in Opposition zur „Familie“. Allerdings unterscheiden sich die Konzepte von „Familie“ dieser Denker.⁹

Heutzutage umfasst Zivilgesellschaft etwas ganz anderes.¹⁰ Jürgen Habermas bezeichnet sie als „nichtstaatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern“. Als solche setze sich die Zivilgesellschaft aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche

⁷ Man kann grob vier Richtungen unterscheiden; 1. Zivilgesellschaft als hegemonialer Raum im Sinne von Gramsci; 2. Zivilgesellschaft als Vollendung der materialen Demokratie; 3. Zivilgesellschaft als Dritter Sektor 4. Zivilgesellschaft als ethischer Raum im Sinne des Kommunitarismus. (Yu Byöng-yong 2002: 142-143; Cho Hyo-je 2004: 94).

⁸ In Korea wurde der Begriff Zivilgesellschaft *siminsahoe* Ende des 19. Jahrhunderts, d.h. nachdem das Land zur Öffnung gezwungen worden war, mit dem Naturrecht, dem sozialen Kontraktualismus und der konstitutionellen Monarchie bekannt. Vor allem Yu Kil-jun, der in den 1880er-Jahren in Japan bei Fukuzawa Yukichi studiert hatte, machte diese Begrifflichkeiten in Korea bekannt. Bis dahin war in Korea weder der Begriff Bürger, *simin*, noch Gesellschaft, *sahoe*, vorhanden (vgl. Yu Byöng-yong 2002: 149-151; Kim Sang-jun 2006: 8-10).

⁹ Zur historischen Semantik siehe Riedel 1975; Ritter 1974: 466-474; Koselleck/ Steinmetz/ Spess 1991.

¹⁰ Siehe dazu Cohen/ Arato 1992; Centre for Civil Society, London School of Economics and Political Science, http://www.lse.ac.uk/collections/CCS/what_is_civil_society.htm.

die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. „Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.“ (Habermas 1992: 362-365, 442-448)

Die Verwendung von Zivilgesellschaft in Korea bewegt sich überwiegend in dem Raum, den Habermas absteckt. Denn man neigt dazu, wie Cho Hyo-je schreibt, den Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ als den Raum für Bürgerbewegungen zu verstehen. „So betrachtet stellt die Zivilgesellschaft nicht im ursprünglichen Sinne eine aufgeklärte Gesellschaft dar,... Aus der Sicht des Raums betrachtet, entspricht sie dem Dritten Sektor, der alles außer Staat, Markt und Familie umfasst.“ (Cho Hyo-je 2003: 94)

Ungeachtet dieser relativ leicht verallgemeinerbaren Verwendung des Begriffs gibt es in der koreanischen akademischen Diskussion kaum Übereinstimmung darüber, was die Zivilgesellschaft genau ist und ob diese in Korea überhaupt existiert. Manche Autoren behaupten, dass in Korea höchstens von einer Pseudo-Zivilgesellschaft die Rede sein könne, da sich die Form der koreanischen Zivilgesellschaft von der der westlichen Zivilgesellschaften unterscheidet (Chin Tök-kyu 2006). Dagegen kann man wiederum einwenden, dass die westlichen Zivilgesellschaften gar nicht so einheitlich sind, wie von solchen Autoren vorausgesetzt wird. Ohne Zweifel unterscheiden sich die amerikanische, englische oder auch deutsche Zivilgesellschaft ganz erheblich voneinander. Wegen der spezifischen Bedingungen und Formen liegt es nahe, in ähnlicher Weise von der „koreanischen bzw. südkoreanischen Zivilgesellschaft“ zu sprechen.

3 Historische Entwicklung der koreanischen „Zivilgesellschaft“

3.1 „Zivilgesellschaft“ im traditionell-konfuzianischen Staat?

Es ist nicht unbedingt üblich, bei traditionellen Gesellschaften von „Zivilgesellschaft“ zu sprechen. Auch in der koreanischen Diskussion gehen viele Autoren davon aus, dass es in der traditionellen Gesellschaft, die noch nicht vom Kapitalismus erfasst war, noch keine „Bürger“, *simin*, und keine Zivilgesellschaft gegeben haben konnte (vgl. Kim Sök-kün 2005). Dennoch tauchen immer wieder Argumente auf, die besagen, dass die Tradition der Zivilgesellschaft in die Choson-Dynastie (1392-1910) zurückreiche (z.B. Ko Söng-guk 1994).

So meint Yi Myöng-hŭi, dass man in freiwilligen Vereinigungen wie „*Tongyak*“¹¹ und *Yuhyangso*¹², die in der Chosön-Dynastie unter Federführung neokonfu-

¹¹ Vereinbarungen über Regeln und ethische Normen für das Gemeinschaftsleben auf der heimatlichen Ebene.

zianischer Honoratioren bzw. Intellektueller (*sajok* bzw. *sarim*) überall im Land existierten, die Existenz einer Zivilgesellschaft erkennen kann. Die Autorin ist überzeugt, dass sich diese Organisationen als freiwillige Selbstverwaltungsorgane, deren Ziel in der Bildung einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft lag, gebildet hatten (Yi Myōng-hŭi 2006: 409-410). Diese Gemeinschaftsidee ähnele der einer zukünftigen Zivilgesellschaft, die den Egoismus überwinde und auf dem Zusammenleben der Nachbarschaft beruhe (Yi Myōng-hŭi 2006: 409). Zugleich kritisiert sie die akademische Welt Südkoreas, die so sehr von der eurozentristischen Sichtweisen geprägt sei, dass sie nicht einmal eigene Traditionen erkennen könne. Sie würde ursprüngliche Formen der Zivilgesellschaft allein im Westen suchen und daher die Existenz einer solchen Tradition in Korea negieren: Erst die Industrialisierung und Demokratisierung hätten die Voraussetzung für die Entstehung einer Zivilgesellschaft geschaffen (Yi Myōng-hŭi 2006: 410).

Es bedarf noch genauerer historischer Untersuchungen, um den Charakter dieser Einrichtungen besser beurteilen zu können. Möglicherweise waren sie eher korporatistische denn auf freiwilliger Basis entstandene Organisation.¹³ Zudem waren *Yuhyangso* im 14. Jahrhundert etwas anderes als im 16. Jahrhundert, als sich die Neokonfuzianisierung der koreanischen Gesellschaft am vollsten entwickelt hatte.¹⁴ Es ist aber nicht allein die Frage, ob *Yuhyangso* und *Tongyak* zivilgesellschaftliche Organisation waren oder nicht. Bemerkenswert jedenfalls ist ihre ausgesprochen starke „Staatsorientierung“.

Eine wichtige Funktion von *Yuhyangso* und *Tongyak* lag in der Gewährleistung der Praxis der neokonfuzianischen Gesellschaftsethik (Song Yang-söp 1995; Ch'oe Mun-hyōng 2002). Indem sie die Aufsicht über die Einhaltung der neo konfuzianischen Moral übernahmen, spielten sie im Sinne der Foucaultschen Gouvernamentalität die Rolle einer Institution, die der Reproduktion der herrschenden neokonfuzianischen Ideologie dienen sollte.¹⁵ Aus dieser Sicht war der Platz von *Yuhyangso* und *Tongyak* nicht zwischen staatlichen Behörden und der Privatsphäre; vielmehr wären sie eher verlängerte Arme der staatlichen Behörden gewesen.

Yi Myōng-hŭi schreibt selbst: „Der Zentralstaat Chosons hatte das Land in 8 Verwaltungsprovinzen (*to*) und Unterbezirke (*kun, hyōn, myōn, ri*) unterteilt. In die

¹² Ehrenamtliche Vereinigungen, die in den Regionen als Gegenmacht gegenüber den vom Hof entsandten Gouverneuren fungierten und letztere quasi beaufsichtigten.

¹³ Die Meinungen der Experten gehen in diesem Zusammenhang doch stark auseinander, so dass eine eindeutige Aussage nicht möglich ist. Siehe dazu Song Yang-söp 1995; Kim Kwang-su 2001; Kwak Hyo-mun 1994; U Hong-jun 1991; Yi, Sang-ün Chōng/Chin-yōng 1992.

¹⁴ Zur Verwaltungsstruktur im traditionellen Staat Koreas siehe Yi Su-gōn 1989; Kim P'il-tong 1992.

¹⁵ Michel Foucault benutzt den Begriff Gouvernamentalität, der von Roland Barth zum ersten Mal eingeführt wurde, um die spezifische Form zu betonen, die das Führen von Menschen im modernen Staat besitzt, vor allem die Herrschaft im Einverständnis mit den Beherrschten, etwa in Form der kulturellen Hegemonie (Foucault 2004; Barth 1964).

to schickte der Zentralstaat Gouverneure (*kamsa* oder *kwanch'alsa*) und in die *kun* und *hyŏn* Bürgermeister (*suryŏng*), denen lokale Verwaltungsbeamte (*ŭbsa*, *hyangsa*) zur Seite standen. In den unteren Bezirken, also *myŏn* oder *ri*, versuchte der Zentralstaat nicht mittels direkter Kontrollgewalt zu herrschen, sondern vielmehr mit Hilfe der Selbstverwaltungsorgane. Auf der regionalen Selbstverwaltungsebene zog der Staat Choson, anstelle geschriebener Gesetze, konventionelle Regeln und die moralische Erziehung vor." (Yi Myŏng-hŭi 2006: 417)

Auch wenn diese Selbstverwaltungsorgane von regionalen neokonfuzianischen Honoratioren geführt wurden, die anstelle des Staates gewisse Aufgaben der öffentlichen moralischen Kontrolle übernahmen, bleibt die Frage, ob sie tatsächlich als frühe zivilgesellschaftliche Organisationen oder vielmehr als korporatistische Organe zu betrachten sind.

3.2 Zusammenbruch des neokonfuzianischen Staates und Aufkommen der „Zivilgesellschaft“ in Südkorea: Besonderheiten und Herausforderungen

Der neokonfuzianische Chosŏn-Staat brach 1910 mit der Kolonialisierung durch Japan endgültig zusammen. Schon in den Jahrzehnten davor war in Korea ansatzweise die Entstehung einer Zivilgesellschaft zu beobachten. Eine Strömung in den gegenwärtigen koreanischen Debatten zu diesem Thema vertritt die Auffassung, dass die Auflösung des traditionellen Herrschaftssystems und der Formierung einer Zivilgesellschaft lange vor der Kolonialisierung begonnen hatte.

So meint Ko Sŏng-guk, dass die Auflösung der feudalistischen Ordnung und erste Ansätze einer kapitalistischen Entwicklung bereits Ende des 18. Jahrhunderts zu beobachten waren. Seitdem könne man auch Spuren der Entstehung einer Zivilgesellschaft nachzeichnen. Das mag gewagt erscheinen, denn unter koreanischen Historikern ist noch umstritten, ob es in Korea überhaupt eine Phase des „Feudalismus“ gegeben hat. Von der Auflösung des Feudalismus und dem Beginn einer kapitalistischen Entwicklung zu sprechen, dürfte bei vielen von ihnen den Eindruck erwecken, dass die Geschichte Koreas mit Gewalt dem Verlauf der historischen Entwicklung westlicher Gesellschaft angepasst werden soll. Dazu passt, dass Ko Sŏng-guk (1994: 183) unter Zivilgesellschaft die Formierung einer Bourgeoisie versteht.

Zu den sozialen Veränderung zum Ende des 18. Jahrhundert schreibt Ko Sŏng-guk: „Das Aufkommen von reichen, unternehmerischen Bauern, die Akkumulation des ursprünglichen Handelskapitals und die Entwicklung der Manufaktur haben in erster Linie die Ständestruktur bedroht, die die Grundlage des feudalistischen Systems von Chosŏn bildete. Dies führte zu einer gewaltigen Konfrontation zwischen den konservativen feudalistischen Kräften, die die alte, sich auflösende feudalistische Ordnung schützen wollten, und den neuen Kräften, die durch ihren neu erlangten Reichtum ihren gesellschaftlichen Status zu verbessern suchten. Der Bauernkrieg im

Jahre 1812 zeigt diese Konfliktstruktur am deutlichsten.... In diesem Krieg verbanden sich die Kräfte des mittleren Standes (*chungin*), der Bauern und der Bergarbeiter im Nordwesten (Pyöngando); er erfasste innerhalb kurzer Zeit die gesamte Region *Pyöngando*.“ (Ko Söng-guk 1994: 183)

Allerdings waren Bauernaufstände wie der von 1812 im Zuge des schwächer werdenden Zentralstaates damals keine Seltenheit. Zudem gehen die Meinungen von Fachleuten darüber, ob in der Entstehung der aufständischen Gruppe 1811-1812 die Entstehung einer Bourgeoisie zu erkennen ist, weit auseinander.¹⁶ Dieser Frage kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Nicht zu leugnen ist allerdings, dass dieser Aufstand von Hong Kyöng-nae eine sehr gut organisierte Widerstandsbewegung war, die sich gegen den Staat und die Macht seiner Behörden richtete.

Am Ende des 19. Jahrhunderts richtete sich auch die Tonghak-Bauernbewegung in der südwestlichen Region gegen die staatlichen Behörden. Wissenschaftler wie Kim Sang-jun sehen in dieser ursprünglich religiösen Bewegung „den systematischen Ausdruck und die kontinuierliche Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Idee“, insbesondere in ihrem egalitären Menschenbild und ihrem Organisationsprinzip von „von unten nach oben“ (Kim Sang-jun 2006: 10).

Diese religiöse Bewegung wurde vom neokonfuzianischen Staat unterdrückt. Er duldet keine Bewegung, die die neokonfuzianischen Herrschaftsideologie in Frage stellte. Aus demselben Grund wurde auch die katholische Glaubensgemeinschaft, die sich seit Ende des 18. Jahrhundert in Korea zu bilden begonnen hatte, mit Härte verfolgt.¹⁷

Allerdings ist bisher noch nicht ausreichend diskutiert worden, inwiefern solche neuen religiösen Bewegungen überhaupt der Zivilgesellschaft zugerechnet werden können. Um Kim Sang-juns Thesen zur Tonghak-Bewegung gelten zu lassen, muss noch eine Reihe konzeptioneller und historischer Fragen geklärt werden (vgl. Ko Söng-guk 1994: 184)

Bei einer anderen Bewegung/Organisation, der 1896 gegründeten *Tongnip hyöphoe*, ist indes unumstritten, dass es sich um eine zivilgesellschaftliche Bewegung handelte. Diese Bewegung war weder religiös motiviert, noch aus einem Bauernaufstand hervorgegangen. Sie war von einigen Mitgliedern der sog. *Kaehwa*-Fraktion,¹⁸ die von den reformerischen Denkern im ausgehenden 18. Jahrhundert beeinflusst und von der schnellen Modernisierung Japans tief beeindruckt waren, ins Leben gerufen worden.¹⁹ Diese Fraktion wollte zunächst der erfolgreichen

¹⁶ Zum Charakter dieses Aufstandes siehe Pak Hyön-mo 2005; Chöng Sök-chong 1994: 197-257; O Su-ch'ang 1995: 1882-185; Karlsson 2000: 67-96; Kim Sunjoo 2001: 190-203.

¹⁷ Viele Christen ließen dabei ihr Leben. 103 Märtyrer sind durch Papst Johannes Paul II. selig gesprochen worden.

¹⁸ *Kaehwa* ist schwer zu übersetzen; der Begriff bedeutet Öffnung, Zivilisierung, Aufklärung.

¹⁹ Es handelte sich überwiegend um Mitglieder von Gesandtschaften, die die koreanische Regierung zur Beobachtung und zum Erlernen moderner Technik und Wissenschaft nach China und Japan geschickt

Modernisierung Japans nacheifern. Einige aus dieser Gruppe gründeten 1896, nachdem 1884 und 1894 Versuche, Reformen politisch von oben herab durchzuführen, gescheitert waren, eine Bewegung zur Volksaufklärung. Das Sprachrohr von *Tongnip hyōphoe* (Vereinigung für die Unabhängigkeit) war die Zeitung *Tongnip sinmun* (*The Independent*), deren erste Ausgabe im April 1896 ausschließlich in koreanischer Schrift, also ohne chinesische Schriftzeichen, und mit einem englischsprachigen Teil erschien.²⁰

Tongnip hyōphoe organisierte Diskussionsveranstaltungen und sammelte landesweit Spenden, um ein Unabhängigkeitsmonument zu errichten. Dadurch sollte das politische Bewusstsein der Bevölkerung als Volkssouverän geweckt werden. Die von ihr organisierten Diskussionsveranstaltungen (wie *manmin kongdonghoe*, „Gemeinsames Treffen der zehntausend Bürger“) sollten über die politische und internationale Lage Koreas informieren. Zugleich konnte man bei ihr Techniken der Diskussionsleitung und Rhetorik erlernen und Erfahrungen mit demokratischen Wahlen, Mehrheitsentscheidung usw. sammeln. Die breite Partizipation der Bevölkerung an ihren Aktivitäten trug dazu bei, dass *Tongnip hyōphoe* genau im Sinne dieses Wortes zu einer „Bürgerorganisation“ wurde.

Tongnip hyōphoe hatte sich vorgenommen, die Gründung eines modernen Staates in die Wege zu leiten. Im Frühling 1898 initiierte sie eine Bewegung für die Schaffung eines des Parlaments. Die Regierung, in der damals die *Kaehwa*-Fraktion dominierte, akzeptierte die Forderung von *Tongnip hyōphoe*. Die Regierung verkündete am 4. November 1898 ein Gesetz zur Einführung des Parlaments und des politischen Partizipationsrechts der Bürger.²¹ Doch die Regierung der *Kaehwa*-Fraktion wurde noch in der gleichen Nacht durch die konservative Fraktion gestürzt

hatte. Kim Yok-kyun, Pak Yōng-hyo, Kim Yun-sik und Kim Hong-jip gelten als ihre bedeutendsten Köpfe. Philosophisch waren sie von den reformerischen Denkern im ausgehenden 18. Jahrhundert beeinflusst, die sich weniger für metaphysische Fragen, die bis dahin im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen unter Neokonfuzianern gestanden hatten, als für die praktische Verbesserung der Lebensbedingungen interessierten und über entsprechende Reformen nachdachten. Viele von ihnen hatten China besucht und durch die Jesuiten nicht nur die katholische Religion, sondern auch westliche Technik und Naturwissenschaft kennen gelernt. Bei König Chōngjo (er herrschte 1777–1800) stießen sie auf großes Interesse. Doch ließen ihnen die Machtkämpfe zwischen politischen Fraktionen wenig Spielraum. So konnten ihre Vorstellungen lediglich durch ihre Schriften weitergeben werden. Kang Chae-ōn geht in *Chosōn sōhaksa* [Die Geschichte der Rezeption der westlichen Wissenschaften in Korea], (1990: 27–147), ausführlich auf die Beziehungen dieser jungen Reformen zu den Jesuitenmissionaren in Peking und ihre Rezeption von Technik und Wissenschaft des Westens ein. In *Han'guk gūndaesa yōn'gu* [Studie zur Geschichte der Neuzeit Koreas], (1983: 59–85), gibt er einen guten Überblick über die Beziehungen zwischen den Reformern des 18. und denen des 19. Jahrhunderts.

²⁰ Der Herausgeber dieser Zeitung war Sō Chae-p'il, eine der Hauptpersonen des Putsches von 1884. Nach dessen Scheitern fand er zunächst in Japan politisches Asyl. Anschließend ging er in die USA und nahm die amerikanische Staatsbürgerschaft an. Als amerikanischer Staatsbürger kam er zu Beginn des Jahres 1896 nach Korea zurück.

²¹ Charakter und Bedeutung dieser Bewegung kann mit der japanischen *Jiyū minken undō* der 1870er und 1880er-Jahre verglichen werden.

und in der Folge das Gesetz rückgängig gemacht und *Tongnip hyŏphoe* aufgelöst. So wurde die erste Bürgerorganisation in Korea, die sich Einführung der Demokratie im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie eingesetzt, durch einen Putsch ausgeschaltet.²²

Nach der Auflösung von *Tongnip hyŏphoe* bildeten sich mehrere andere Bürgerorganisationen, die ähnliche Ziele verfolgten. *Taehan chaganghoe* („Vereinigung zur Selbststärkung Koreas“), *Hŭngsadan* (eine Organisation zur politischen Bildung der Bürger), *Kukch'e posang undong* („Bürgerbewegung zur Rückzahlung der Staatsschulden“) u.a. setzten sich für die politische Aufklärung der Bürger ein und verteidigten die staatliche Souveränität. Für die Bildung der Zivilgesellschaft war die Zeit zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Wendezeit. Als der Staat selbst durch die imperialistischen Mächte in Gefahr geriet, entstanden viele neue Bürgerorganisationen, die sich für ein „reiches Land mit einer starken Armee“ (*puguk kangbyŏng*) einsetzten. Angesichts der bedrohten Lage Chosŏns waren sie stark außenpolitisch orientiert und motiviert. Gesellschaftliche und innenpolitische Fragen traten verständlicherweise in den Hintergrund.

Chosŏn war damals längst zum Spielball der imperialistischen Mächte geworden. Im Februar 1904, kurz nach Ausbruch des Krieges zwischen Japan und Russland, erzwang die japanische Regierung die Unterzeichnung eines Protokolls, das den Rahmen der zukünftigen japanischen Herrschaft absteckte. Korea wurde faktisch die völkerrechtliche Selbständigkeit genommen. Im November 1905 folgte der Protektoratsvertrag. Die Annektierung Koreas durch Japan 1910 war nur noch eine Formsache. Praktisch stand Korea bereits seit 1905 unter japanischer Oberhoheit.

Sowohl das traditionelle Regime als auch die einheimischen Gruppen und Klassen, die unter normalen Bedingungen die Entwicklung vorangetrieben hätten, wurden durch die strenge, disziplinierte und tatkräftige Kolonialbürokratie des „Japanischen Generalgouvernements in Korea“ ersetzt. In diesem kolonialen und autoritären Regime blieb kein Raum für zivilgesellschaftliche Organisationen außerhalb des Herrschaftsapparats. Politisch bewusste Bürger Koreas blieben nur zwei Alternativen: sich entweder im Widerstand gegen die Kolonialbürokratie zu engagieren oder mit der Kolonialbürokratie zu kollaborieren. Wer in den Widerstand ging, sah sich staatlicher Repression ausgesetzt und riskierte sein Leben. Dennoch kam es neben militärischem Widerstand auch zu großen Massenbewegungen. Die 1. März Bewegung, eine Unabhängigkeitsbewegung, erfasste 1919 das ganze Land und wurde brutal niedergeschlagen. Das gleiche Schicksal erlitt 1929 die Studentenbewegung in Kwangju, die sich ebenfalls auf ganz Korea ausweitete. Auch die in den 1920er-Jahren entstandene kommunistische Bewegung wurde unterdrückt. Nicht anders ging es der 1923 entstandenen *Hyŏpyŏngsa* (Vereinigung der Schlächter (outcasts)) und der 1925 gegründeten kommunistische Partei

²² Zur Bedeutung von *Tongnip hyŏphoe* für die politische Entwicklung Koreas siehe Kim, Yong-jik 2006; Ryu, Yŏng-ryŏl 1973; Han, Hŭng-su 1970; Chang, Myŏng-hak 2004.

Chosŏns. Auf der anderen Seite gab es auch kollaborierende Organisationen wie *Kungmin chŏngsin ch'ongdongwŏn Chosŏn yŏnmaeng* (...) und *Kungmin ch'ongnyŏk Chosŏn yŏnmaeng* (...), die beide 1938 gegründet worden waren.

3.3 Autoritäres Herrschaftssystem und zivile Protestbewegung

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Japans wurde Korea am 15. August 1945 unabhängig – zumindest war man davon in Korea wie selbstverständlich ausgegangen. Innerhalb von nur einer Woche hatten sich landesweit schon ca. 200 Komitees zur Vorbereitung der Gründung des neuen Staates gegründet. Während der folgenden sechs Monate bildeten sich landesweit unzählige Organisationen von Bauern, Arbeitern, Jugendlichen, Frauen und Studenten, die an dieser Neugründung des Staates mitwirken wollten (Kim, Ch'ung-ryŏl 2005: 289-291). War es der repressive Charakter der Kolonialzeit, der unerschwinglich dieses massive zivilgesellschaftliche Engagement mithervorgebracht hatte? Wie dem auch gewesen sein mag, der Wind des Kalten Krieges sollte diese Hoffnungen schnell zerstören. Die Siegermächte hatten nicht vor, Korea die verlorene Souveränität zurückzugeben und hatten das Land schon vor dem 15. August geteilt. Besetzung, Teilung und Krieg zerstörten zivilgesellschaftliche Bewegungen und Bestrebungen im Kern. Die Bürgerorganisationen konnten sich dem ideologischen Kampf nicht entziehen. Mit dem Koreakrieg (1950-1953) verschwand jedweder Raum für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Südkorea (Sŏng Kyŏng-ryung 2000: 170).

Der kalte und der heiße Krieg trugen auch maßgeblich dazu bei, dass der starke Staat der Kolonialzeit fortbestand und sich fortentwickelte. Als vorgerückte, letzte Bastion gegen den Kommunismus wurde Südkorea militärisch hochgerüstet und der Antikommunismus zur Legitimationsgrundlage. Anti-Kommunismus und „nationale Sicherheit“ wurden eingesetzt, um die Bevölkerung zu unterwerfen und die politische Opposition brutal zu unterdrücken.

Nach dem Ende des Koreakrieges 1953 und bis zur Demokratisierung 1987 löste ein autoritäres Regime das andere ab. 1960 und 1980 kehrte kurz der demokratische Frühling ein, doch blieben das nur Episoden in der Geschichte der südkoreanischen Diktaturen von Rhee Syng Man, Park Chung Hee und Chun Doo Hwan.

Was es gab an Massenorganisationen und Verbänden, akzeptierte und kooperierte mit diesen Regimen. Dazu gehörten u.a. der Arbeitgeberverband (Federation of Korean Industries), der Dachverband der offiziellen Gewerkschaften (Federation of Korean Trade Union), der Bauernverband (National Agricultural Cooperative Federation) und der Verband der Lehrer (Korea Federation of Teacher's Associations). Aufgrund ihrer engen Anbindung an den Staat nannte man sie *kwanbyŏn tanch'e* („Organisationen, die die Meinung der staatlichen Behörden vertreten“). Ch'oe Chang-jip, ein bekannter Politologe, meint, die Beziehungen

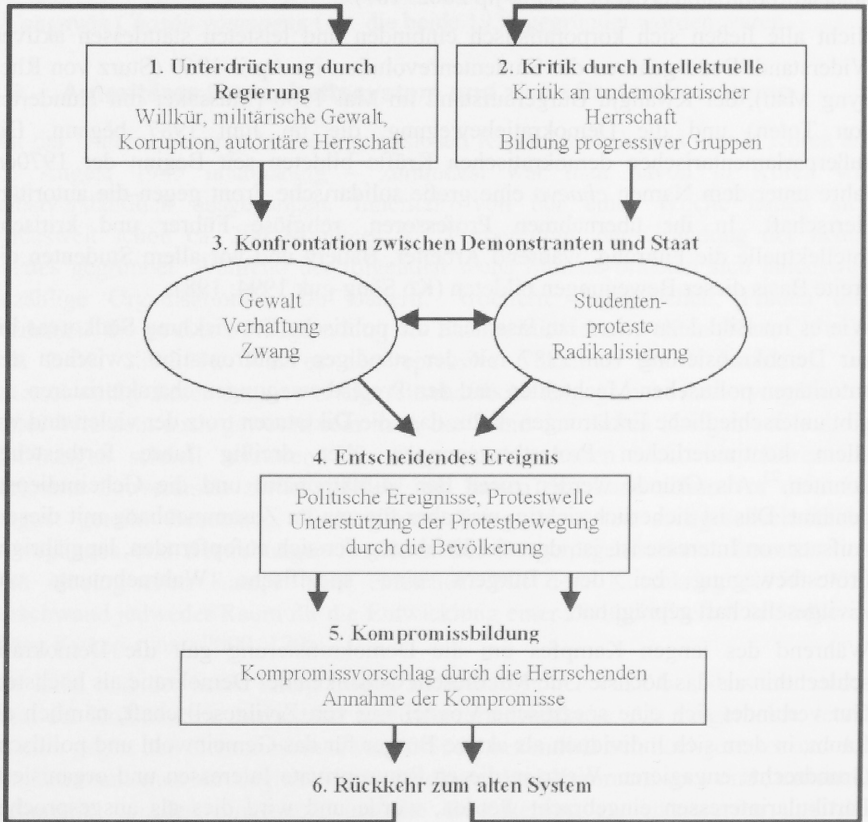
zwischen diesen *kwanbyŏn tanch'e* und dem Staat seien typisch für den Staatskorporatismus (Ch'oe Chang-jip 2002: 187).

Nicht alle ließen sich korporatistisch einbinden und leisteten stattdessen aktiven Widerstand. Dazu gehören die Studentenrevolution im April 1960 (Sturz von Rhee Syng Man), der Kwangju Bürgeraufstand im Mai 1980 (Massaker mit Hunderten von Toten) und die Demokratiebewegung, die im Juni 1987 begann. Die außerparlamentarischen demokratischen Kräfte bildeten seit Beginn der 1970er-Jahre unter dem Namen *chaeya* eine große solidarische Front gegen die autoritäre Herrschaft. In ihr übernahmen Professoren, religiöse Führer und kritische Intellektuelle die Führung, während Arbeiter, Bauern und vor allem Studenten die breite Basis dieser Bewegungen bildeten (Ko Sŏng-guk 1994: 198).

Wie es im Bild 1 zu sehen ist, lässt sich die politische Entwicklung Südkoreas bis zur Demokratisierung von 1987 mit der ständigen Konfrontation zwischen den autoritären politischen Machteliten und den Protestbewegungen charakterisieren. Es gibt unterschiedliche Erklärungen dafür, dass die Diktaturen trotz der vielen und vor allem kontinuierlichen Protestbewegungen über dreißig Jahre fortbestehen konnten.²³ Als Gründe werden meist der Militärapparat und die Geheimdienste genannt. Das ist sicherlich richtig, was aber für uns im Zusammenhang mit diesem Aufsatz von Interesse ist, ist, dass die Erfahrung der sich aufopfernden, langjährigen Protestbewegung bei den Bürgern eine spezifische Wahrnehmung von Zivilgesellschaft geprägt hat.

Während des langen Kampfes um die Demokratisierung galt die Demokratie schlechthin als das höchste Gut. Mit diesem Gedanken der Demokratie als höchstem Gut verbindet sich eine spezifische Vorstellung von Zivilgesellschaft, nämlich als Raum, in dem sich Individuen als aktive Bürger für das Gemeinwohl und politische Grundrechte engagieren. Wenn in diesen Raum private Interessen und organisierte Partikularinteressen eingebracht werden, wurde und wird dies als ausgesprochen negativ empfunden. Deshalb hat das Konzept der Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext eine andere Bedeutung als in anderen Gesellschaften und in westlichen Theorien von der Zivilgesellschaft. Sie ist sozusagen eine von Partikularinteressen freie öffentliche Sphäre, in der aktive Bürger zusammenkommen (Ch'oe Chang-jip 2002: 183).

²³ Chin Tök-kyu erklärt die politische Entwicklung Südkoreas seit 1950er-Jahre mit dem Konzept der „quasi-Demokratie“ (2000: 177). Die Demokratisierungen seien stets nur „Pseudo-Demokratien“ gewesen. Yi Hyang-sun sieht das im Sinne von Gramsci anders: die Zivilgesellschaft habe dreimal (1960, 1980, 1987) schwache Momente des Staates nutzen können und sei beim dritten Versuch erfolgreich gewesen (Yi Hyang-sun 2002: 11, 20).

Bild 1: Verlauf der politischen Entwicklung bis 1987

4 Herausforderung für die Zivilgesellschaft nach der Demokratisierung

Wie gezeigt wurde, formierte sich die Zivilgesellschaft in Südkorea unter anderen Bedingungen als in westlichen Gesellschaften. Im traditionellen neokonfuzianischen Denken Koreas hat es eine hegelianische, dichotomisierende Sichtweise von Staat und Gesellschaft nicht gegeben. Das Primat des Staates stand, gestützt von der neokonfuzianischen Staatsideologie und der zentralstaatlichen Verwaltung, während der Chosön-Dynastie niemals in Frage. Das Primat des Staates wurde auch durch die Erfahrungen von Kolonialherrschaft, Teilung, Krieg und Diktatur nicht geschwächt, sondern eher gestärkt (Kim Sök-kün 2005: 15; Yi Hyang-sun 2002: 20). Eine Trennung von Staat und Gesellschaft war daher weder in der Realität noch im

politischen Denken vorhanden. Wie an *Tongyak* zu erkennen war, waren die Übergänge zwischen beiden fließend. Die Beziehungen von Staat und Gesellschaft waren so eng, dass Bewegungen aus der Gesellschaft zügig vom Staat absorbiert wurden. Infolgedessen konnte sich die Zivilgesellschaft nur dort frei vom Staat entwickeln, wo sie als Gegenkraft gegen die Obrigkeit auftrat (vgl. Ch'oe Chang-jip 2002: 190).

So bildete sich die Zivilgesellschaft in Korea/Südkorea im Zuge von Protestbewegung gegen die Obrigkeit. D.h. die koreanische Zivilgesellschaft wird nicht getragen von hehren Zielen, wie der Gewährleistung liberalistischer Prinzipien des Besitzindividualismus oder von Partikularinteressen, sondern vielmehr vom Kampf um das Gemeinwohl, d.h. um Gerechtigkeit und Demokratie in der öffentlichen Sphäre, und gegen zentralstaatliche Gewalt. Daher missversteht man die koreanische Zivilgesellschaft, wenn man sie bloß als ein Feld betrachtet, auf dem Partikularinteressen gegen den Staat vertreten werden. Im Gegenteil würde man bei so einer Perspektive zu dem irreführenden Ergebnis kommen, dass es in Korea gar keine Zivilgesellschaft gibt, weil der Individualismus dort sehr schwach ausgebildet und die private Sphäre kaum vorhanden ist (Ch'oe Chang-jip, 2002: 184).

Ende der 1980er-Jahre entstanden die ersten Diskurse über die Zivilgesellschaft in Korea. Man verwendete dieses Konzept als Bezeichnung für die demokratischen Kräfte, die die Demokratisierungsbewegung anführten. In diesem Sinne sollte „das Spannungs- und Konfliktverhältnis zwischen der demokratischen Zivilgesellschaft und dem autoritären Staat klar artikuliert werden. Diese Perspektive beinhaltet u.a., dass von der Zivilgesellschaft und ihren Trägern erwartet wird, dass sie sich durch hohe Moralität auszeichnen und als Garanten des Gemeinwohls fungieren.

Freilich heißt das nicht, dass die zahlreichen Bürgerorganisationen, die sich in den 1980er und 90er-Jahren gebildet haben, alle diesen hohen moralischen Normen gerecht werden. Es haben sich ja nicht nur die Bürgerorganisationen, sondern auch ihre Aktivitätsfelder explosionsartig vermehrt. Notgedrungen kann es da nicht mehr nur um das Gemeinwohl an sich gehen. Doch trotz der Vielfalt der Themen und Interessen werden zivilgesellschaftliche Organisationen nach wie vor an derselben hohen moralischen Latte, die für den Kampf gegen die ungerechte Herrschaft galt, gemessen. Die südkoreanische Zivilgesellschaft lebt daher in einem Konflikt, der sich aus einer hergebrachten hohen Erwartungshaltung der Öffentlichkeit und dem Einsatz für eine Vielfalt von Themen und Interessen, die wegen ihrer Partikularität im Verdacht stehen, das Gemeinwohl zu verletzen, ergibt.

Dieser Konflikt wird dadurch abgemildert, dass sich Bürgerorganisationen nicht von ihrem Ursprung, der Erfahrung des gemeinsamen Kampfes für die Demokratisierung, gelöst haben. So haben sie eine Vielfalt spezifischer Aktionsfelder, gruppieren sich aber in Dachverbänden, die in ihrer Gesamtheit für gesamtgesellschaftliche und zivilgesellschaftliche Veränderungen eintreten und mit den

Anspruch auftreten, dem *summum bonum* zu dienen. Insofern bleiben sie in der Tradition des zivilen Widerstandes gegen ungerechte Herrschaft.

Cho Hyo-je bezeichnet dieses Phänomen als „Wasserspiralebürgerbewegung“ und bewertet sie positiv. Diese Form der Bürgerbewegung habe dazu beitragen, dass die Zivilgesellschaft Südkoreas stets dynamisch geblieben sei und eine gesunde innere Spannung beibehalten habe (Cho Hyo-je 2004: 98). In den Augen fremder Beobachter mag es ungewöhnlich sein, dass sich Umwelt- und Arbeiterorganisationen an der schon erwähnten *Ch'ongsŏn simin yŏndae* (Bürgersolidarität für die Parlamentswahl) beteiligten, und dass sich Organisationen aus der Friedensbewegung Hand in Hand mit der Umweltbewegung für den Erhalt des Saemangŭm-Sees engagieren. Doch für Koreaner sei dies ein ganz normales Phänomen. Deshalb steht für Cho Hyo-je die Bürgerbewegung im Mittelpunkt der südkoreanischen Zivilgesellschaft und bestimmt deren Agenda (Cho Hyo-je 2004: 97).²⁴ Ihr größter Erfolg sei die *rejection* Bewegung im Jahr 2000 gewesen, eine konzertierte Aktion gegen die Usurpation der jungen Demokratie durch unlautere Kräfte.

Diese Bewegung war, wie erwähnt, Auslöser der gegenwärtigen Debatte über die politische Neutralität der Zivilgesellschaft in Südkorea. Um zu verstehen, was in dieser Debatte eigentlich artikuliert wird, wurde zuvor die Entwicklung der koreanischen bzw. südkoreanischen Zivilgesellschaft umrissen. Was deutlich geworden sein sollte, ist, dass die Zivilgesellschaft zu keinem Zeitpunkt politisch neutral war, und dass es gerade ihr politischer Charakter ist, der ihren eigentlichen Kern bildet. Daher bedeutet die Forderung an diese Zivilgesellschaft, politische Neutralität zu wahren, dass sie ihren besonderen Charakter verlöre.

Diese Forderung kommt aus Kreisen, die in der Vergangenheit eher nicht gegen die autoritäre Regime gekämpft haben, sondern zu deren Nutznießern zählen. Diese Kreise hatten früher die *Kwanbyŏn tanch'e* unterstützt. Ihr Sprachrohr sind vor allem die großen, marktbeherrschenden konservativen Zeitungen, die diese Forderung nach politischer Neutralität gerne und häufig vorbringen. Sie scheuen sich auch nicht, sich politisch einseitig für die konservative Partei (jetzt in der Opposition) einzusetzen.²⁵ Daran wird erkennbar, worum es bei dieser Debatte eigentlich geht. Es geht nicht um die politische Neutralität der Zivilgesellschaft, sondern um die politische Hegemonie an sich.

²⁴ Darin sieht Cho den entscheidenden Unterschied der südkoreanischen Zivilgesellschaft zu den neuen sozialen Bewegungen im Westen oder in Südostasien. Es dürfte in der Tat ein seltener Fall sein, dass eine in sich sehr differenzierte Bürgerbewegung als Einheit die gesamte Zivilgesellschaft politisch lenkt. Deshalb schlägt Cho Hyo-je vor, den koreanischen Begriff *simin undong* als eine spezifische Bezeichnung für die südkoreanischen Bürgerbewegung zu verwenden. (Cho Hyo-je 2004: 98)

²⁵ Die starke politische Parteinahme der drei großen Tageszeitungen gilt als eines der Hauptprobleme Südkoreas seit der Demokratisierung. S. dazu Lee Eun-Jeung 2005.

Die Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft haben sich in Südkorea seit der Demokratisierung stark verändert. Ein Indikator dafür ist, dass viele Mitglieder von Parlament und Regierung früher Aktivisten der Bürgerbewegung waren und gegen die autoritären Regime gekämpft hatten. Sie waren daher nicht Mitglieder des vorher bestehenden Kartells der herrschenden konservativen Eliten in Politik und Verwaltung und in Wirtschaft und Gesellschaft. Mit der Demokratisierung, insbesondere seit der Wahl von Kim Dae Jung zum Präsidenten, haben sich gewisse Gräben zwischen gewählten Politikern und der Bürokratie aufgetan. In dieser Situation bemühen sich progressive Politiker in den Regierungen von Präsident Kim Dae Jung und Roh Moo Hyun, bei der Umsetzung ihrer umfassenden Reformen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu finden (Ch'oe Chang-jip 2002: 194). Entsprechen versuchen die konservativen Kreise und Zeitungen in dieser Situation die Zivilgesellschaft zu entpolitisieren, um die Hegemonie der alten politischen Elite zu bewahren.

So liegt der eigentliche Kern der gegenwärtigen Debatte um die politische Neutralität der Zivilgesellschaft nicht in der Politisierung der Zivilgesellschaft, sondern vielmehr im Antagonismus zwischen der sog. progressiven Zivilgesellschaft und dem konservativen altem Elitenkartell. Die konservativen Akteure verstehen sich nicht als Teil der Zivilgesellschaft und werden in progressiven Kreisen als Anhänger, wenn nicht als aktive Mittäter der früheren autoritären Herrschaftsverhältnisse betrachtet. Umgekehrt werden die Akteure aus der progressiven Zivilgesellschaft als links, d.h. im südkoreanischen Kontext des Kalten Krieges, als kommunistisch abgestempelt. Es ist kein Mechanismus erkennbar, der diesen Antagonismus im Sinne von Chantal Mouffe im Agonismus aufheben könnte.²⁶ Das gilt nicht nur für die Zivilgesellschaft, sondern für Politik in Südkorea überhaupt. Es ist sogar von einer Dichotomisierung, die letztlich die Demokratie gefährde, die Rede (Yun P'yöng-jung 2005). Deshalb ist die Schaffung eines Mechanismus, der den Antagonismus im Agonismus aufhebt, die vielleicht größte Herausforderung für die Zivilgesellschaft in Südkorea.

²⁶ Nach Chantal Mouffe ist die Demokratie vor allem als Möglichkeit zu sehen, Räume für Diskussionen und Kontroversen zu eröffnen und/oder lebendig zu halten. Erst in dem Moment, in dem ein Konflikt ausgetragen wird, entstehe über dessen Austragung eine Öffentlichkeit, in der verschiedene Positionen aufeinanderprallen und gerade so in Kontakt treten. Öffentlichkeit ist dabei nicht etwa das "Produkt" dieses Aufeinanderprallens, sondern Öffentlichkeit ist der Aufprall selbst. Für Mouffe ist entscheidend, dass dieses Aufeinanderprallen verschiedener Positionen aus dem Antagonismus in einen Agonismus überführt wird. Agonismen sind nach Mouffe Gegensätze, die einen symbolischen Rahmen teilen und nebeneinander bestehen können und daher nicht auf die Vernichtung des/der jeweils Anderen abzielen. Da die Opposition von „wir“ und den „anderen“ für das Politische konstitutiv ist, sieht Mouffe in der Anerkennung der gesellschaftlichen Agonismen eine Voraussetzung für das Modell der radikalen Demokratie (Mouffe 1993; 2000).

5 Fazit

Fassen wir zusammen: Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Frage, wie die gegenwärtige Debatte um die politische Neutralität der Zivilgesellschaft zu verstehen ist, eine Debatte, die in Südkorea in dem Moment aufkam, in dem die Zivilgesellschaft mit der Demokratisierung ihre größten Erfolge feierte. Um dieser Frage nachzugehen, wurden die Besonderheiten der Zivilgesellschaft Südkoreas historisch eingeordnet. Es wurde gezeigt, dass sich die Zivilgesellschaft Koreas/Südkoreas im Kampf um die gerechte öffentliche Ordnung und um die Demokratie entwickelt hat. Dadurch haben sich besondere Wahrnehmungen und Erwartungen an die Zivilgesellschaft gebildet, z. B. hohe Moralität, Repräsentation des öffentlichen Gutes, Abneigung gegen die Artikulierung von Partikularinteressen etc. Auch nach der Demokratisierung wird von der Zivilgesellschaft erwartet, dass sie sich im Einklang mit diesen Kriterien befindet. Darin liegt eine der größten Herausforderungen der seit der Demokratisierung stark expandierenden Zivilgesellschaft.

Da sie ganz erhebliche politische Wirkungen gezeitigt hat, ist eine kontroverse Debatte um die politische Neutralität der Zivilgesellschaft entfacht worden. Die konservativen Zeitungen, die als Sprachrohr der alten, mit den Diktaturen verbundenen politischen Klasse fungieren, fordern von der Zivilgesellschaft politische Neutralität. Hinter dieser Forderung einer Entpolitisierung der Zivilgesellschaft, also der progressiv orientierten Zivilgesellschaft, steht jedoch ein Kampf um die politische Hegemonie. Das progressive und das konservative zivilgesellschaftliche Lager stehen einander unvermittelt antagonistisch gegenüber. Die Aufhebung des Antagonismus im Agonismus wird dadurch zur vielleicht größten gegenwärtigen Herausforderung der koreanischen Politik. Im Grunde geht es dabei um die Überwindung der Erbschaft der oppositionelle Kräfte nicht dulddenden, autoritären Herrschaft und die Verwirklichung einer Voraussetzung von Demokratie, nämlich der der Toleranz und der Akzeptanz der Anderen.

Literaturverzeichnis

- Barth, Roland (1964): Mythen des Alltags, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Ch'amyo'sahoe 참여사회 (2001): Simin tanch'e-ga honwibyöng-irago? 시민단체가 홍위병이라고? [Sollen die Bürgerorganisationen die Rotgardisten sein?], in: Ch'amyo sahoe, September 2001 http://demos.skhu.ac.kr/scholar/doc_files/참여자회2001년월.hwp
- Ch'oe, Chang-jip 최장집 (2000): Han'guk-üi minjuhwa, simin sahoe, simin undong: 2000 ch'ongsön simin yöndaek simin undong-üi üüü 한국의 민주화, 시민사회, 시민운동: 2000 총선시민연대 시민운동의 의의 [Die Demokratisierung, Zivilgesellschaft, Zivilbewegung: Bedeutung der 2000 rejection Bewegung], Vortragsmanuskript, Tagung „Aufgabe und Streitpunkte der koreanischen Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert“, Korean Political Science Association 2000
- Ch'oe, Chang-jip 최장집 (2002): Minjuhwa ihu-üi minjujuüi 민주화 이후의 민주주의 [Demokratie seit der Demokratisierung], Seoul: Humanitas
- Ch'oe, Mun-hyöng 최문형 (2002): A New Prospect of Yulgok (栗谷) Hyangyak(鄉約) - A Focus on Communitarianism, in: Tongyang ch'ölkhak yön'gu 동양철학연구, Vol. 30, S. 27-54

- Chang, Myōng-hak 장명학 (2004): Tongnip Sinmun-gwa kundaejōk chōngch'i kwōllōg-ūi tūngjang 독립신문과 근대적 정치권력의 등장 [The Advent of Modern Political Power in the Editorial of "The Independence"], in: Yōksa-wa sahoe 역사와 사회, Vol. 33, S. 111-120
- Chin, Tōk-kyu 진덕규 (2006): Han'guk chōngch'i-wa hwansang-ūi nūp 한국정치와 환상의 늪 [Die koreanische Politik und der Sumpf der Phantasie]. Seoul: Hangmun-gwa sasangsa
- Chin, Tōk-kyu 진덕규 (2000): Han'guk hyōndae chōngch'isa sōsō 한국 현대정치사 서설 [Einführung in die moderne Geschichte der koreanischen Politik]. Seoul: Chisik sanōbha
- Cho, Hyo-je 조효제 (2004): Han'guk simin sahoe-ūi kaenyōm-gwa hyōnsil 한국 시민사회의 개념과 현실 [Das Konzept der Zivilgesellschaft in Südkorea und die Wirklichkeit], in: Ch'angjak-kwa p'ip'yōng 창작과 비평, Vol. 32, Nr. 1, S. 93-107
- Chōng, Sōk-chong 정석중 (1994): Chosōn hugi-ūi Chōngch'i-wa sasang 조선후기의 정치와 사상 [Die Politik und Philosophie im späten Chosōn]. Seoul: Hangilsa
- Chōng, T'ae-sōk 정태석 (2005): Simin sahoe-wa NGO-e kwanhan ch'oegūn nonūi-ūi pip'anjōk kōmt'o 시민사회와 NGO에 관한 최근 논의의 비판적 검토 [Kritische Überprüfung der neueren Debatte über Zivilgesellschaft und NGOs], in: Kyōngje-wa sahoe 경제와 사회, Nr. 68, S. 168-188
- Cohen, J.L./ Arato, A. (1992): Civil Society and Political Theory. Cambridge, Massachusetts: MIT Press
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität, 2 Bände, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Han, Hūng-su 한홍수 (1970): Tongnip hyōphoe-ūi chōngch'i chibdanhwa kwajōng 독립협회의 정치집단화과정 [Formation Process of "Independence Club" as a Political Group], in: Sahoe kwahak nonjip 사회과학논집, Vol. 3, S. 17-43
- Im, Hyōk-paek 임혁백 (2004): 21 segi han'guk chōngch'i-ūi pijyōn-gwa kwaje 21세기 한국 정치의 비전과 과제 [Vision und Aufgabe der südkoreanischen Politik im 21. Jahrhundert]. Abschlussbericht des Forschungsprojekts „IT-ūi sahoejōk yōnghyang yōn'gu: 21 segi han'guk mega t'ūrendū" [Studie zur sozialen Wirkung von IT: Megatrends im Südkorea des 21. Jahrhunderts], Korea Information Strategy Development Institute
- Kang, Chae-ōn 강재언 (1983): Han'guk gūndaesa yōn'gu 한국 근대사 연구 [Studie zur Geschichte der Neuzeit Koreas]. Seoul: Hangilsa
- Kang, Chae-ōn 강재언 (1990): Chosōn sōhaksa 조선 서학사 [Die Geschichte der Rezeption der westlichen Wissenschaften in Korea]. Seoul: Minūmsa
- Karlsson, Anders (2000): The Hong Kyongnae Rebellion 1811-1812: Conflict between Central Power and Local Society in the 19th-century Korea. Stockholm University, Institute of Oriental Languages
- Kern, Thomas (2007): Südkoreas Zivilgesellschaft. Leistungen und Herausforderungen. GIGA Focus Nr. 7. Hamburg
- Kim, Ch'ung-ryōl 김충렬 (2005): 해방정국에서의 건국준비위원회의 정치적 의미 Political implications of The preparing committee for establishing a new nation during the period of Korean Liberation 한국동북아논총, 37 권 287-307
- Kim, Hae-sōng 김해성 (1997): Simin sahoe-ūi chōnggae-wa simin kyoyuk 시민사회의 전개와 시민교육 [Entfaltung der Zivilgesellschaft und politische Bildung], in: Cho, Yōng-dal 조영달 (Hg.), Han'guk simin sahoe-ūi chōnggae-wa kongtdongch'e ūisik 한국 시민사회의 전개와 공동체 시민의식 [Entfaltung der Zivilgesellschaft in Korea und das Gemeinschaftsbewusstsein], Seoul: Kyohaksa, S. 99-149
- Kim, Kwang-su 김광수 (2001): Hyangyak-kwa chumin ch'am'yō 향약과 주민참여 [Hyangyak und Partizipation der Bürger], in: Sahoe kwahak nonch'ong 사회과학논총, Vol. 17, S. 163-179
- Kim, P'il-tong 김필동 (1992): Han'guk sahoe chojiksa yōn'gu 한국사회조직사 연구 [Studie über die Gesellschaftsorganisation in Korea]. Seoul: Ilchogak
- Kim, Sang-jun 김상준 (2006): Simin sahoe-wa NGOs 시민사회와 NGOs [Zivilgesellschaft und NGOs], in: Kyōngthūi NGO School (Hg.), NGO Ch'ōngnonsō NGO 총론서 [Einführung NGOs], Seoul: Kyōngthūi University NGO School (unveröffentlicht)
- Kim, Sōk-kūn 김석균 (2005): Han'guk minjujuūi-ūi inyōmjōk kich'o-e taehan chaeūmi 한국 민주주의의 이념적 기초에 대한 재음미 [Überlegungen zu den ideologischen Grundlagen der südkoreanischen Demokratie], in: Sahoe kwahak nonpōp 사회과학논법, Nr. 36, S. 1-21
- Kim, Sunjoo (2001): Marginalized Elite, Regional Discrimination, and the Tradition of Prophetic Belief in the Hon Kyongnae Rebellion. Ph.D. Dissertation, University of Washington.
- Kim, Tae-yōng 김대영 (2003): Simin sahoe-ūi chōngch'ijōk chungnipsōng-e kwanhan pip'anjōk koch'al 시민사회의 정치적 중립성에 관한 비판적 고찰 [Kritische Betrachtungen über die politische Neutralität der Zivilgesellschaft], in: Tonghyang-gwa chōnmang 동향과 전망 Nr. 58, S. 41-69.
- Kim, Yong-jik 김용직 (2006): Kaejwagi Han'guk-ūi kundaejōk kongnonjang-gwa kongnon hyōngsōng yōn'gu: Tongnip hyōphoe-wa Tongnip Sinmun-ūl chungsim-ūro 개화기 한국의 근대적 공론장과 공론형성 연구: 독립협회와 독립신문을 중심으로 [A Study on the Formation of the Modern

- Korean Public Sphere and the Public opinion: the Independence Club and the Tongnipshimun), in: Han'guk Tongbuga nonch'ong 한국동북아논총, Vol. 38, S. 335-358
- Ko, Söng-guk 고정국 (1994): Han'guk simin sahoe-üi hyöngsöng-gwa palchön 한국시민사회의 형성과 발전 [Bildung und Entwicklung der Zivilgesellschaft in Südkorea], in: Asia munhwa 아시아문화 Nr. 10, S. 181-203
- Koselleck, Reinhart/ Steinmetz, Willibald/ Spres, Ulrike (1991): Drei bürgerliche Welten. Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich, in: H.-J. Puhle (Hg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 14-58
- Kwak, Hyo-mun곽효문 (1994): Chosönjo hyangyag-üi chibang chach'ijök kinüng-e kwanhan yön'gu 조선조 향약의 지방자치적 기능에 관한 연구 [Untersuchung über den Selbstverwaltungscharakter von Hyangyak in Chosön], in: Han'guk haengjöng sahakchi 한국행정사학지, Vol. 3, S. 165-180
- Lee, Eun-Jeung (2005): Korea im demokratischen Aufschwung. Leipzig: Leipzig Universitätsverlag
- Mouffe, Chantal (1993): The Return of the Political. London - New York: Verso
- Mouffe, Chantal (2000): The Democratic Paradox. London - New York: Verso
- O, Hyön-ch'öi 오현철 (2004): Han'guk simin sahoeron pip'an-gwa taean 한국 시민사회론 비판과 대안 [Theorie der Zivilgesellschaft in Südkorea, Kritik und Alternative], in: Kyöngje-wa sahoe 경제와 사회, Nr. 62, S. 243-266
- O, Su-ch'ang 오수창 (1995): 18 segi Yöngjo Chöngjo-üi P'yöngando-e taehan chöngch'aek 18 세기 영조 정조의 평안도에 대한 정책 [Die Politik für/gegen die Pyöngando Region während der Ära von Yöngjo und Chöngjo im 18. Jahrhundert], in: Yöksa-wa hyönsil 역사와 현실, Vol. 17, S. 155-187
- Pak, Hyön-mo 박현모 (2005): Hong Kyöng-nae nan-ül t'onghaesö bon 19segi Chosön chöngch'i honggyeraen-an을 통해서 본 19세기 조선정치 [Die Politik in Chosön des 19. Jahrhunderts - durch den Aufstand von Hong Kyöng-nae betrachtet], in: Tongyang chöngch'i sasangsa 동양정치사상사, Vol. 4, Nr. 2, S. 131-148
- Pak, Sang-p'il 박상필 (2003): Simin sahoe-üi Han'gukchö chögyong-gwa pyönyong 시민사회의 한국적 적용과 변용 [Koreanische Typus der Zivilgesellschaft], Vortragsmanuskript, Jahrestagung, Gesellschaft der NGOs in Südkorea, Herbst 2003, Tagungsband, S. 109-144
- Riedel, Manfred (1975): „Gesellschaft, bürgerliche“, in: Otto Brunner/ Werner Conze/ Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 719-800
- Ritter, Joachim (1974): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd.3, Basel-Stuttgart: Schwaber & Co.
- Ryu, Yöng-ryöl 유영렬 (1973): Tongnip hyöphoe-üi mingwön undong chöngae kwajöng 독립협회의 민권운동 전개과정 [Der Verlauf der Bürgerrechtsbewegung Tongnip hyöphoe], in: Yöksahak yön'gu 역사학연구, Vol. 17, S. 359-379
- Simin undong chöngbo sent'ö 시민운동정보센터 (1997): Han'guk min'gan tanch'e ch'ongram 한국민간단체총람 [Überblick über die Bürgerorganisationen in Südkorea], Seoul: Simin ui sinmunsa (auch Folgeausgaben von 2000, 2003)
- Sin, Chin-uk 신진욱 (2007): Minjihwa ihu-üi kongnonjang-gwa sahoe kadüng 민주화 이후의 공론장과 사회갈등 [Öffentlichkeit und soziale Konflikte seit der Demokratisierung], in: Han'guk sahoehak 한국사회학, Vol. 41, Nr. 1, S. 57-93
- 이분법[Dichotomie in uns], Seoul: Tangdae pip'yöng, S. 10-25. Söng, Kyöng-ryung 성경룡 (2000): Pundan ch'eje-wa simin sahoe bundancheje와 시민사회 [Die geteilten Systeme und die Zivilgesellschaft], in: Asia munhwa 아시아문화 Vol. 16, S. 169-211
- Song, Yang-söp 송양섭 (1995): Chosön sidae hyangyag-e kwanhan sahoe kyoyukchök koch'al 조선시대 향약에 관한 사회교육적 고찰 [Eine sozialpädagogische Betrachtung der Hyangyak in Chosön], in: Chiyök kaebal yön'gu 지역개발연구, Vol. 4, S. 51-84
- U, Hong-jun 우홍준 (1991): Chosönjo t'ongch'i ch'eje nae-esö hyangyag-üi wisang-gwa kinüng 조선조 통치체제 내에서 향약의 위상과 기능 [Die Funktion und Bedeutung von Hyangyak im Herrschaftssystem von Chosön], in: Chibang chach'i 지방자치, Nr. 32, S. 137-142
- Yi, Hyang-sun 이향순 (2002): Minjuhwa-wa simin sahoe, kürigo konggongsöng-üi wigi 민주화와 시민사회, 그리고 공공성의 위기 [Demokratisierung, Zivilgesellschaft und Krise der Öffentlichkeit], in: Tamnon 201 담논 201, Vol. 5, Nr. 2, S. 5-43
- Yi, Myöng-hüi 이명희 (2006): Chönt'ong sahoe chach'i kwansüb-üi simin sahoejök t'ükching-e taehan koch'al 전통사회 자치관습의 시민사회적 특징에 대한 고찰 [Studien über den zivilgesellschaftlichen Charakter der Selbstverwaltungstradition in der traditionellen Gesellschaft], in: Kungmin yulli yön'gu 국민윤리연구, Nr. 61, S. 407-435
- Yi, Sang-ün Chöng 이상은/ Chin-yöng 정진영 (1992): Yöngnam chiyök hyangyak-üi hyöngsöng-gwa pyönch'ön 영남지역 향약의 형성과 변천 [Entstehung und Veränderung von Hyangyak in der Yöngnam Region], in: Hyangt'osa yön'gu 향토사 연구, Vol. 4, S. 93-111

- Yi, Su-gŏn 이수건 (1989): Chosŏn sidae chibang haengjŏngsa 조선시대 지방행정사 [Die Geschichte der kommunalen Verwaltung in Chosŏn], Seoul: Minŭmsa
- Yu, P'al-mu 유팔무 (1998): Pichŏngbu sahoe undong tanch'e-ŭi yŏksa-wa sahoejŏk yŏkhw'al biŭngbusahoeundontche'ui yŏksa-wa sahoejŏk yŏkhw'al [Geschichte der NGOs und ihre gesellschaftliche Rolle], in: Tongso yŏn'gu 동서연구, Vol. 10, Nr. 2, S. 77-119
- Yu, Pyŏng-yong 유병용 (2002): Han'guk simin sahoe-ŭi hyŏngsŏng-gwa sŏngkyŏg-e kwanhan chaegŏmt'o 한국 시민사회의 형성과 성격에 관한 재검토 [Überprüfung des Charakters und der Bildung der Zivilgesellschaft in Südkorea], in: Han'guk chŏngch'i oegyosa nonŏp 한국정치외교사논업, Vol. 24, Nr. 1, S. 141-165
- Yun, P'yŏng-jung 윤평중 (2005): Uri-wa chŏdŭl-ŭi kyŏnggye-e sŏsŏ - han hoesaegin-ŭi chŏngch'ijŏk myŏngsang 우리와 저들의 경계에 서서 [An der Grenze zwischen uns und ihnen stehend - Politische Gedanken eines ergrauten Menschen], in: Kwŏn, Yong-rip u.a. 권용립 (Hg.), Uri an-ŭi ibunpŏp 우리안의 이분법 [Dichotomie in uns], Seoul: Tangdae pip'yŏng, S. 10-25